

Tagesordnung II Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 08. Juli 2015

Vorlagen-Nr. 13-F-09-0003

**Beleuchtung für öffentliche Gebäude - energiesparende und umweltfreundliche Alternativen zu Leuchtstoffröhren**

**- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 14.05.2013 -**

Von der neu eingeführten Umweltzone abgesehen hat sich die Stadtverordnetenversammlung bisher im Rahmen der selbst gesteckten „Klimaschutzziele 20/20/20“ bisher vor allem verstärkt auf die Energieerzeugung konzentriert.

In einem ganzheitlichen Konzept ist aber auch die Reduzierung des Stromverbrauchs ein wesentlicher Baustein, um Wiesbadens Ökobilanz zu verbessern.

Alternative Beleuchtungsmittel, wie z. B. LED-Röhren sind zurzeit laut mehreren Studien die effektivste Alternative zu den herkömmlichen Leuchtstoffröhren, um Energie einzusparen. Mit identischer Leuchtwirkung sparen sie enorme Energiekosten und schonen Ressourcen bei der Herstellung, Nutzung, Lebensdauer und Entsorgung gegenüber konventionellen Leuchtstoffröhren.

Zusätzlich besteht für den Einbau der LED-Lampen unter anderem die Möglichkeit der Förderung durch das Bundesumweltministerium nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, welche Planungen und Umrüstungen bereits für eine umweltgerechtere Beleuchtung in den öffentlichen Gebäuden der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt wurden oder geplant sind.
2. Zu prüfen, für welche öffentlichen Gebäude der Stadt Wiesbaden eine Umrüstung auf LED-Beleuchtung in Frage kommt und auf Grundlage der Ergebnisse die Faktoren der Kosten, Amortisationszeit, Einsparungen der ersten 10 Jahre, sowie die Auswirkungen auf die Klimaziele 20/20/20 zu prüfen und bei positiven Prüfungsergebnissen in den Geschäftsgang zu bringen.
3. Zu prüfen, welche Erfahrungen mit LED-Leuchtmitteln in anderen Städten und Stadtverwaltungen wie z.B. Düsseldorf und Villingen Schwenningen hinsichtlich Akzeptanz, Energieeffizienz, Unterhaltungsaufwand und erwarteter Amortisationszeiten gemacht wurden.
4. Zu prüfen, welche Fördermittel für eine entsprechende Umrüstung von Land und/oder Bund in Anspruch genommen werden können.

5. Zu prüfen, welche Einflussmöglichkeiten, wie z. B. das Projekt „Ökoprofit“ auf die Gebäude der Landesverwaltung möglich sind um Wiesbaden hier als Gesamtstadt eine ökologische Vorreiterrolle zukommen zu lassen.
- 

**Beschluss Nr. 0134**

Der Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 28. Mai 2015 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Magistrat 23.06.2015 BP 0404)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015

Belz  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher  
  
Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .07.2015

Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister